

Partei der Vernunft: Umweltschutz aktuell wie nie zuvor!

Als sich in den Sechziger und Siebziger Jahren wachsender Widerstand gegen das Ausbeuten natürlicher Lebensräume und gegen die Vergiftung von Luft, Wasser und Boden regte, wurde offenbar, daß Unternehmen Gewinne auf Kosten anderer Menschen erwirtschaften. Die Kosten für das Beseitigen und Verhindern sogenannter Umweltschäden wurde zunehmend den Steuerzahlern aufgebürdet. Juristisch korrekt wäre gewesen, kriminelle Geschäftskonzepte strafrechtlich zu ahnden. Doch dies scheiterte ähnlich wie heute in der Volksrepublik China. Deshalb setzt sich die am 30. Mai 2009 gegründete Partei der Vernunft für einen Umweltschutz nach dem Verursacherprinzip ein.

Heute wird es von den Bundesbürgern hingenommen, daß unrentable Unternehmungen subventioniert werden, wenn dies unter dem Deckmantel des Umweltschutzes geschieht. Wenn Produkte und Dienstleistungen sich am Markt nicht etablieren und durchsetzen können, weil die Kosten für den Umweltschutz zu hoch sind, dann wird das Sozialisieren von Kosten vermieden. Zur Zeit werden Verfahren und Techniken subventioniert, um einer Minderheit von Kapitalanlegern Renditen zu sichern. Dies wurde möglich durch gezielte Lobbyarbeit: Verpackungsverordnung, Kreislaufwirtschaftsgesetz, Wärmeschutzverordnung, Zertifikatehandel und jegliche Art von Subventionen und Zwangsabgaben über Einspeisevergütungen nach dem Energieeinspeisegesetz.

Diese Gesetze und Rechtsverordnungen bewirken einen unsinnigen zusätzlichen Energieverbrauch, der in einer Größenordnung von 15 bis 20 Prozent des Primärenergieverbrauchs der Bundesrepublik liegt. Bei allen Energiegewinnungssystemen und Energiesparsystemen ist im Rahmen einer energetischen Bilanzierung zu prüfen, ob der Energieertrag höher ist als der Energieaufwand für den Lebenszyklus solcher Systeme.

Hier wird der kontraproduktive Charakter solcher gesetzlich verordneten Maßnahmen deutlich; es werden Energien und Ressourcen verschleudert für Aktivitäten und Prozesse, die völlig überflüssig sind und damit Beihilfe zur Zerstörung nicht nur unserer Umwelt betreiben, sondern die ökonomischen Vorteile unseres Standortes Deutschland untergraben.

Aktuelles Beispiel ist das schrittweise Glühlampenverbot. Dieter Ber, stellvertretender Bundesvorsitzender der 'Partei der Vernunft': "Es werden 0,7 Prozent der Primärenergie der Bundesrepublik für die Beleuchtung in den Haushalten verbraucht. Theoretisch wird die Hälfte der Verbrauchsenergie gespart. Der Primärenergieverbrauch würde von 0,7 auf 0,35 Prozent sinken, wenn überhaupt. Allerdings wird der acht- bis zehnfache Energieaufwand zur Herstellung der Energiesparlampen gegenüber der Glühbirne einfach ignoriert. Die meisten Energiesparlampen stammen aus China, wo zur Energiegewinnung Kohlekraftwerke gebaut werden, die nicht den europäischen Standards für die Luftreinhaltung entsprechen. Die Produktionsbedingungen und der Quecksilberbergbau in China verursachen schwerste gesundheitliche Schäden

bei den Arbeitern, weil Arbeitsschutz aus Kostengründen vernachlässigt wird. Auch der Transport nach Europa verbraucht Energien. In China sind vor allem die europäischen Konzerne Phillips und Siemens/Osram mit ihren Beteiligungen die Marktführer des Exports nach Europa."

Viel schwerer als die geschönten Schätzungen, die sich auf den unrealistischen Dauerbetrieb beziehen, wiegen die gesundheitlichen Nachteile für Menschen und Tiere sowie die Giftstoffbelastung der Umwelt durch Energiesparlampen. Die Entsorgung von drei Milligramm Quecksilber pro Lampe ist nicht organisiert. Dr. med. Karl Braun-von Gladiß, Privat-Institut für Ganzheitliche Medizin und Gesundheitsförderung: "Zerbrochene Energiesparlampen im Kinderzimmer sind eine gesundheitliche Katastrophe, Energiesparlampen im Hausmüll eine Umweltvergiftung, steigende Sondermüllbelastungen eine riesige Bürde für kommunale Haushalte, die Logistik einer angemessenen Entsorgung ist nicht zu gewährleisten."

In einer parlamentarischen Demokratie ist eine Parteigründung das Mittel der Wahl, um politischen Einfluss zu gewinnen. Deshalb wurde am 30. Mai 2009 die 'Partei der Vernunft' gegründet. Ziel der Parteimitglieder ist es, bei den Bundestagswahlen 2013 anzutreten und gleich im ersten Anlauf die 5-Prozent-Hürde zu überwinden. Nur so kann überwunden werden, was strohdumme Ökoterroren verbreiten: "Während ihrer gesamten Lebensdauer erspart eine Energiesparlampe der Umwelt umgerechnet 392 kg Kohlendioxid, 21,6 kg Flugasche, 2,5 kg Schwefeldioxid und 1,8 kg Stickstoff." Dies sind natürliche Bestandteile unserer Umwelt. Und die sollen eingespart werden?

Pressekontakt:

Partei der Vernunft

Bundesvorstand für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Hans Kolpak

Zur Tanne 12

26349 Jade

Telefon: 04454 979720

Telefax: 04454 979721

Web: www.ParteiderVernunft.eu

E-Mail: Hans.Kolpak@ParteiderVernunft.eu

Portrait der Partei:

Die 'Partei der Vernunft' verfügt über ein umfassendes Rahmenprogramm, das größere Wählergruppen und erfahrene Politiker anspricht. Eindeutiger Fokus sind mittelfristige und langfristige Ziele in der Bundespolitik und in der Europapolitik. Da eine ideologische Enge auf links, mitte oder rechts kein Beweggrund zur Parteigründung war, werden sich Politiker aus vielen Lagern der 'Partei der Vernunft' anschließen können, ohne sich verbiegen zu müssen. Proteste und ideologische Streitereien überläßt die 'Partei der Vernunft' den vielen Bürgerinitiativen und Parteien, die Kleinparteien bleiben. Da der am 26. April 1997 angemahnte "Ruck durch Deutschland" inzwischen einem "Druck auf Deutschland" gewichen ist, kann es für die 'Partei der Vernunft' nur noch um große Ziele gehen. Positionen aus dem Parteiprogramm der 'Partei der Vernunft' tauchen bei etlichen Wahlprogrammen anderer Kleinparteien zur Bundestagswahl 2009 auf. Warum? Es gibt Herausforderungen, die sind offensichtlich. Wähler, Parteimitglieder und Politiker werden sich der 'Partei der Vernunft' in monatlich wachsender Anzahl anschließen, weil es keine Alternative gibt.